



Blankenfelde, 5. Juli 2006

CDU Hoher Teltow  
z.H. des Vorsitzenden  
Herrn Michael Wolny  
Wilhelm-Grunwald-Str. 53

15827 Blankenfelde

### **Betr. Parteiaustritt**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Michael,

zu meinem Bedauern erkläre ich mit Wirkung zum **31. Juli 2006** meinen Austritt aus der CDU.

Dieser Schritt ist mir nach reiflicher Überlegung und über 25-jähriger Mitgliedschaft gewiss nicht leicht gefallen. Er ist jedoch unvermeidbar und begründet sich vor allem damit, dass insbesondere auch durch Dein agieren in Sachen BBI in den letzten Wochen und Monaten für mich ein Punkt erreicht ist, an dem letztendlich auch meine politische Glaubwürdigkeit in unserer Gemeinde schweren Schaden zu nehmen droht. Dies bin ich nicht gewillt, durch Verbleib in der Partei hinzunehmen. Da seit meinem Austritt aus der CDU/FDP-Fraktion unserer Gemeindevertretung im Jahr 2004 jeder Versuch fehlgeschlagen ist, den Kurs unseres Ortsverbandes in der Flughafenfrage beizubehalten, bleibt mir nunmehr kein anderer Ausweg, als die Partei zu verlassen.

Ich will mir nachfolgend die Mühe machen darzustellen, wie lange dieser Prozess gedauert hat und welche Punkte letztlich zu diesem Entschluss geführt haben.

Es war ja für mich als Bürgermeisterkandidat bereits im Jahr 2003 nicht einfach, Dich als Ortsvorsitzenden davon zu überzeugen, dass das Thema des Flughafenausbaus im Wahlprogramm ganz vorne angesiedelt sein muss und wir hierzu eine ganz klar ablehnende Position einnehmen müssen, auch wenn Landes- und Kreispartei hierzu eine andere Auffassung haben.

Letztlich haben wir uns als 2. Punkt im **Wahlprogramm 2003 –2008** hierzu kurz und knapp aber eindeutig positioniert !

Zur Erinnerung den Original-Wortlaut:

### **Für eine neue seriöse Flughafenplanung**

Die Gemeinde ist im Falle einer Realisierung der bekannten Planung, in einer heute unvorstellbaren Weise durch negative Auswirkungen beeinträchtigt. Deshalb lehnen wir den Standort für den BBI ab und vertreten in diesem konkreten Fall auch einen von den Positionen der Landes CDU abweichenden Standpunkt.

Wir halten es für falsch, dass die Gesellschafter der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF) stur an ihren Plänen für den Großflughafen festhalten und fordern deshalb

- die Einstellung der Finanzierung für die Flughafenplanung;
- einen fairen Umgang mit den Standort-Gegnern;
- eine schnelle Entscheidung für einen anderen Standort;

Unsere gemeinsamen zahlreichen Haustürgespräche haben Dir dann aber deutlich vor Augen geführt, wie sehr dieses Damoklesschwert den Menschen auf der Seele brennt und das wir uns hierzu zweifellos richtig positioniert hatten.

Nach und nach wurde diese klare Position aber aus unseren eigenen Reihen abgeräumt !

Nur wenige Tage nach der (Bürgermeister-Stich-) Wahl wurde zur konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung bei der Einrichtung der Ausschüsse auf einen Flughafen-Ausschuss auch von unserer Fraktion verzichtet, weil Herr Lehnert diesen für unnötig hielt. Stattdessen wurde auf seinen Vorschlag nur eine „AG Flughafen“ eingerichtet, dessen Vorsitz er sodann auch übernahm.

In der Folge wurde wahr, was ich befürchtete, die AG führte sich noch im Laufe des Planfeststellungsverfahrens ad absurdum.

Wenig Engagement wurde von Seiten unserer Fraktion auch gezeigt, als ich, wie in der Fraktionssitzung zuvor abgestimmt, den Antrag auf Durchführung einer Sondersitzung der GV zum Ausbau Schönefelds eingebracht habe und dieser von Herrn Baier und Herrn Brose so weit hinten auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dass er keine Aussicht auf Behandlung mehr haben konnte. Als ich daraufhin aus Protest den Sitzungssaal verlassen hatte, wurde mir obendrein von den eigenen Kollegen ein „fraktionsschädigendes Verhalten“ vorgeworfen, dass letztlich auch maßgeblich als Begründung für meine Abwahl als Fraktionsvorsitzender herangezogen wurde, an der Du ebenfalls aktiv mitgewirkt hast. Als es dann doch zu der Sondersitzung kam, war das Verhalten auch einiger unserer Fraktionsmitglieder gegenüber der vortragenden stellv. Vorsitzenden des BVBB, Frau Bothe, mehr als unhöflich und unfair.

Des Weiteren wurden Anträge an den Landesparteitag in 2003 oder Schreiben an den Landesvorsitzenden in dieser Sache von Dir entweder entschärft, widerwillig oder gar nicht mitgezeichnet. Als es um eine finanzielle Unterstützung unserer Gemeinde für die Klage der Schutzgemeinschaft ging, hast Du Dich wider besseren Wissens lediglich für die Anschaffung weiterer Lärm-Messstationen ausgesprochen, obwohl uns Prof. Augustin mitteilte, dass diese Investition unnötig - da nicht zielführend - ist.

Unseren gemeinsamen Antrag auf dem Kreisparteitag im vergangenen Jahr hast Du nur halbherzig vertreten, eigentlich war er Dir gegenüber Deinen Kollegen in der Kreistagsfraktion und dem Kreisvorstand eher unangenehm.

Meine Vermutung, dass Du aber nun endgültig in der Sache umgefallen und auf die Linie der Landes- und Kreispartei umgeschwenkt bist, bewies sich in diesem Jahr.

Erst bist Du aus dem BVBB ausgetreten, dann hast Du es im Frühjahr tatsächlich fertig gebracht, 3 Tage vor der Urteilsverkündung des BverwG, den Wirtschaftsminister in unsere Gemeinde einzuladen, damit er zum wiederholten Male seine bekannte aber falsche Prognose von der Jobmaschine BBI verbreiten kann.

Und schließlich hast Du Dich für die Einrichtung eines sog. Flughafenkoordinators entschieden, der – da lt. Landrat ohne jegliche Befugnisse - lediglich „weisse Salbe“ für die Betroffenen sein soll. Das Du Dich dann auch noch als Wirtschaftsausschuss-Vorsitzender dafür hergibst, die Interessenten für Bietergemeinschaften zu beraten ist dann das Sahnehäubchen obendrauf. Die mehrheitliche Meinung von Fachleuten ist, dass für den Mittelstand eben keine nennenswerten Aufträge übrigbleiben werden. Vielleicht darf nach Fertigstellung, wenn es überhaupt jemals dazu kommt, eine Werbefirma aus der Region die Leuchtbuchstaben anbringen, mehr wird es im Wesentlichen nicht sein.

Ich habe deshalb für alle Deine o.g. Aktivitäten keinerlei Verständnis, gerade weil ich mich bemüht habe, Dich und verschiedene andere Mandatsträger auf allen Ebenen unserer Partei regelmäßig über die Fehlentwicklungen des Pleite-Pech- und Pannenprojekts BBI auf dem Laufenden zu halten. Aber weder Du, noch eine Bundestagsabgeordnete Katharina Reiche oder ein Landtagsabgeordneter Peter Wagner haben sich jemals wirklich mit den Hintergründen dieses Skandalvorhabens beschäftigt, was aber Eure Aufgabe als gewählte „Volksvertreter“ gewesen wäre. Es ist mir unerklärlich, wie sich vermeintlich intelligente Leute zum BBI wie in dem Märchen von des Kaisers neue Kleider verhalten. Inakzeptabel ist auch, wie unverantwortlich Mandatsträger auf Zeit mit unseren Steuergeldern umgehen.

Genaugenommen hast Du einen schweren Wortbruch gegenüber den Wählerinnen und Wählern begangen, die Dich – sicher auch aufgrund der o.g. klaren Aussage in unserem Kommunalwahlprogramm – in die Gemeindevertretung und den Kreistag gewählt haben und bist damit letztlich auch mir in den Rücken gefallen.

Dies wiegt um so schwerer, weil sich gerade in diesen Tagen Hunderte Betroffene - auch aus unserer Gemeinde – dazu entschlossen haben, als allerletzten Versuch den Ausbau Schönefelds zu verhindern – eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einzureichen.

Meine zentrale Aussage im Kommunalwahlkampf war (Original-Wortlaut):

**Unser Bürgermeisterkandidat steht für:**

- die Fortsetzung des Widerstands gegen den Ausbau des geplanten Großflughafens in Schönefeld;

Dies war meinerseits nicht nur eine Floskel gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die ebenfalls den Standort Schönefeld ablehnten. Vielmehr war es eine Botschaft aus Überzeugung, die aus vielen zutreffenden Hintergrundinformationen gewachsen ist und zu der ich auch heute noch stehe.

Allerorts treffe ich Bürger(innen) in unserer Gemeinde, die mich darauf ansprechen und bemerken, dass kaum noch eine(r) von den Parteien an ihrer Seite steht.

Wie Du/Ihr mit diesem Vertrauensverlust umgeht ist allein Deine/Eure Sache. Ich will durch einen Verbleib in der Partei jedoch nicht auch meine Glaubwürdigkeit in dieser wichtigen Zukunftsfrage unserer Gemeinde verspielen.

Dies ist zwar der ausschlaggebende aber nicht alleinige Grund für meinen Austritt. Die CDU hat sich, wie alle übrigen Parteien auch, in den letzten Jahren zunehmend von der Lebenswirklichkeit des normalen Bürgers (wie immer sich dieser definiert) verabschiedet.

Das hat m.E. auch damit zu tun, dass die gewählten Abgeordneten zunehmend lieber die Stehempfänge der Lobbyisten-Verbände besuchen oder turnusgemäß um die ersten Listenplätze kämpfen, als sich in ihren Wahlkreisen für die Stimmung im Volke und deren Sorgen zu interessieren (das braucht man ja dann auch nicht mehr, man wird ja in jedem Fall wieder dabei sein). Sonst würden nämlich viele Gesetze gar nicht das Parlament passieren.

Bei den für die Bürger wichtigen Themen wie z.B. Energieversorgung, Kraftstoffkosten des Individualverkehrs, medizinische Versorgung, Bürokratieabbau, Rente, Steuern, Bildung und Arbeit knickt man entweder vor den Großkonzernen ein, bringt entweder gar nichts oder nur Stückwerk zustande, dass nach relativ kurzer Zeit wieder geändert werden muss. Auch in der großen Koalition ist das nicht anders, als bei Rot-Grün.

Mit einer Partei gibt es auch als Mitglied nie eine 100%ige Übereinstimmung. Für mich war aber immer wichtig, dass ich die Politik aus innerer Überzeugung am Arbeitsplatz, bei Freunden und Verwandten und auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bei Canvassing-Aktionen auf der Straße vertreten kann. Dies ist leider schon einige Zeit nicht mehr der Fall.

Mit den besten Wünschen für Dich und alle Mitglieder grüßt Dich

**Matthias Stefke**